

Sitzungsperiode 2022-2023
Sitzung des Ausschusses II vom 4. April 2023

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 1294 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin WEYKMANS zur Einführung junger Menschen in Medienberufe**

Die Aktion "Journalist für einen Tag", die 2009 vom GrenzEcho und dem BRJ ins Leben gerufen wurde, hat gerade stattgefunden. Eine Woche lang übernehmen die Schülerinnen und Schüler der teilnehmenden Schulen für einen Tag die Rolle eines Journalisten, Redakteurs, Fotografen, Kameramanns usw.

Seit Anfang des Monats läuft auch das Projekt Media & Me, das Jugendlichen einen Blick hinter die Kulissen von Medienberufen und die tägliche Arbeit in Radio- und Fernsehsendern, Zeitungsredaktionen, Werbeagenturen und Medienunternehmen ermöglicht.

Junge Menschen an Medienberufe heranzuführen, hat mehrere Vorteile.

Erstens wird dadurch ihre Kreativität gefördert, da Medienberufe wie Videoproduktion, Fotografie, Texten und Grafikdesign die Kreativität und den künstlerischen Ausdruck fördern.

Außerdem können die Jugendlichen durch das Erlernen technischer Kompetenzen und die Arbeit an Medienprojekten mehr Selbstvertrauen und Vertrauen in ihre Fähigkeiten gewinnen.

Darüber hinaus fördern Medienberufe die Kommunikation, entwickeln digitale Kompetenzen und ermutigen auch zum bürgerschaftlichen Engagement.

Alles in allem kann die Heranführung junger Menschen an Medienberufe erhebliche Vorteile für ihre persönliche und berufliche Entwicklung mit sich bringen.

Dazu möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen, werte Frau Ministerin:

1. Wie lief die Initiative "Journalist für einen Tag" ab?
2. Wissen Sie, wie viele Jugendliche an der Initiative teilgenommen haben?
3. Was ist der Stand der Dinge beim Projekt "Media and me"?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

• **Frage Nr. 1295 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin WEYKMANS zu den angepassten Regeln für Jugendlager**

Wir alle wissen, wie wichtig es ist, unsere jungen Menschen in ihrer Eigenständigkeit zu unterstützen. Die neueste Railpass-Initiative fügt sich vollständig in diesen Kontext ein und zeigt, dass die Regierung auf das Wohlergehen und die Entwicklung unserer Jugend aufmerksam ist.

Auch die Organisation von Jugendlagern trägt dazu bei, die Eigenständigkeit der Jugendlichen zu entwickeln.

In der Tat kann man sagen, dass Jugendlager wichtige Erfahrungen und Herausforderungen bieten, die Jugendlichen helfen können, unabhängiger und selbstbewusster zu werden. Sie können auch dazu beitragen, dass Jugendliche ihre sozialen Fähigkeiten verbessern und lernen, sich selbst zu organisieren.

Die Bestimmungen zu Jugendlagern, die in der Verwaltungspolizeilichen Verordnung der Eifelgemeinden festgelegt sind, wurden kürzlich einigen Anpassungen unterzogen.

Einige Bestimmungen des Dokuments, das in den fünf Eifelgemeinden gilt, wurden auch in diesem Haus diskutiert.

Auf der letzten Sitzung des Polizeirates der Eifelzone wurden die Artikel der Verordnung angepasst und müssen nun in den nächsten Wochen in den Gemeinderäten diskutiert werden.

Zu diesem Thema habe ich folgende Fragen an Sie, werte Frau Ministerin:

1. Hat es Absprachen mit dem RDJ und Ihrem Kabinett gegeben?
2. Was genau wird in diesem Dokument angepasst?
3. Wurden eventuelle Anmerkungen eingearbeitet?

• **Frage Nr. 1296 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zur Zugänglichkeit zu Kultur- und Freizeitinfrastruktur**

Für die Region Brüssel wurde eine interessante Studie zur Zugänglichkeit von kultureller Infrastruktur und Ausstattungen¹ vorgestellt. Bei der Auswertung fielen interessante Erkenntnisse auf. Die Abdeckung des kulturellen Angebots wurde mit der Zugänglichkeit gekreuzt. Dabei tauchten weiße, unabgedeckte Zonen auf. Bei Lösungen zur Verringerung dieser "weissen Zonen" geht es um räumliche und soziale Faktoren, und darum, wie die physische Distanz durch von der Politik geschaffene Mobilitätsmöglichkeiten verringert werden kann. Thema war dann auch schnell der Zusammenhang zwischen Mobilität und Raumordnung.

In der kürzlich veröffentlichten hiesigen demoskopischen Umfrage wurde auch die Zufriedenheit der OstbelgierInnen mit ihrem Freizeitangebot erfragt. In diesem Bereich ist keine Entwicklung gegenüber 2018 zu verzeichnen. Die Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot liegt auf dem vorletzten Platz der Zufriedenheitsskala. Die geringste Zufriedenheit mit den Freizeitmöglichkeiten besteht bei den unter 30-Jährigen. Außerdem wurden Daten zum Konsumverhalten und zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen erfasst. Kulturangebote und Freizeitangebote werden im Gegensatz zu den vorherigen Erhebungen zunehmend in Anspruch genommen. Die Entwicklung "in der Gemeinde" und "innerhalb anderer Gemeinden der DG" entwickeln sich relativ gering im Vergleich zu einer deutlichen Zunahme bei wahrgenommenen Angeboten "außerhalb der DG in Belgien".

¹ https://ibsa.brussels/sites/default/files/publication/documents/ChodronC_Pezzuti_Equipementsculturels_FR.pdf

Die Vorläufigen Resultate der Vision Ostbelgien Leben 2040 sprechen auch von einer Viertelstunde-Region Ostbelgien. Demnach soll es in Zukunft möglich werden: "zu Fuß, mit dem Rad, dem Bus oder der Bahn in maximal 15 Minuten zum Einkaufen, zum Arzt oder in die Kindertagesstätte, zu Kulturangeboten bis hin zu Sport, Freizeit und Erholung im Grünen zu kommen."

Angesichts dieser Entwicklung und der gesteckten Zukunftsziele für die DG habe ich folgende Fragen an Sie Frau Ministerin:

1. Sind sie bereit, eine Analyse zur Zugänglichkeit von kultureller und sportlicher Infrastruktur und Ausstattung vorzunehmen und ggf. blinde Flecken auszumachen?
2. Inwiefern wurde bei der weiteren Entwicklung von Sport- und Kulturstätten das Ziel der Viertelstunden-Region berücksichtigt?

• **Frage Nr. 1297 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zur Verlosung von Interrail-Tickets**

Ende März verkündeten Sie in den ostbelgischen Medien die Verlosung von 100 Interrail-Tickets an junge ostbelgische Menschen.

Die Aktion dockt an frühere Aktionen zur Förderung von jugendlicher Mobilität in Ostbelgien an. Sie fährt aber auch eine Europäische Spur. So gab es in der Vergangenheit immer wieder Auslosungen für Interrail-Tickets auf europäischer Ebene - diese wurde zuletzt auch in Reaktion auf den Reise- und entsprechenden Erfahrungsrückstau bei Jugendlichen während der Coronapandemie intensiviert. So konnten sich Europäische Jugendliche (geboren zwischen 1/7/2004 und 30/6/2005) vom 15. bis zum 29. März auch über das DiscoverEU Programm um ein Interrail Ticket bewerben.

In den Medienberichten ist unklar inwiefern beide Verlosungsinitiativen in Zusammenhang stehen. In den FAQ der Discover-EU steht nur, dass junge Menschen, die in früheren Runden einen DiscoverEU-Travel Pass erhalten haben, sich nicht nochmal bewerben dürfen. Laut Grenz-Echo vom 23. März hat die *"DG eine lokale Ergänzung zur DiscoverEU-Initiative initiiert, mit der 100 kostenlose Interrail-Pässe mit Reisekostenzuschuss an junge OstbelgierInnen der Jahrgänge vergeben werden, die ihre Abiturreisen verpasst haben oder keinen ersten Urlaub ohne Eltern unternehmen konnten. Daher richte sich die Initiative an Jugendliche der Jahrgänge 2002, 2003 und 2004, die aufgrund der Pandemie noch kaum erste Erfahrungen auf eigenen Beinen machen konnten."*

Ganz ohne Gegenleistung ist die Initiative nicht. Die Jugendlichen verpflichten sich, während Ihrer Reise Ihre Erfahrung über Fotos, Social-Media Posts, Berichte unter Nennung der vollständigen Namens zu teilen bzw. dem Ministerium mit zu teilen. In der FAQ heisst es weiter: "Genauere Anweisungen erhältst du bei der Vergabe deines Zugtickets. Eventuell können eure Bilder und Berichte dazu genutzt werden, die Initiative noch bekannter zu machen." Es wird auch nach einem Feedback gefragt. Ähnliche Bedingungen gibt es auch bei dem DiscoverEU Programm, hier erklären sich die Teilnehmer bereit, sog. Botschafter zu werden. Leicht überspitzt kommt diese Vorgehensweise sehr der unregulierten Praxis der Influencer nahe. Auch hier wird im Gegenzug verlangt, auf sozialen Medien Publicity zu machen.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an Sie Frau Ministerin:

1. Wie war der ostbelgische Zuspruch an der Discover-EU Verlosung, die der DG-Initiative voran ging?
2. Können Sie mehr Angaben zu den zusätzlichen Auflagen für die Gewinner machen (sprich, zu welcher Art von Kommunikation, Social-Media Posts, Berichten, zu welcher Form, welchen Inhalten, welchen Verweisen, welcher Häufigkeit verpflichten sie sich?) ?
3. Über welche Haushaltsposten wurden die für diese Initiative benötigten Budgets freigelegt?

• **Frage Nr. 1298 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zu den Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Arbeitswelt**

Über die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz wird nicht erst seit der Einführung von ChatGPT mit Verwunderung, aber auch mit Skepsis berichtet.

Denn auch wenn künstliche Intelligenz durchaus als Chance verstanden werden kann und in Zukunft wohl viele fortschrittliche Lösungen für Probleme liefern wird, so birgt sie dennoch auch einige Risiken.

Nicht ohne Grund haben vergangene Woche mehr als 1000 Experten aus Tech und Forschung -unter ihnen auch Elon Musk- eine Entwicklungspause für neue Modelle der Künstlichen Intelligenz gefordert. Diese Pause soll dazu dienen, genaue Sicherheitsstandards festzulegen und mögliche Schäden abzuwenden.

Doch auch in Bezug auf den Arbeitsmarkt ist immer wieder die Rede von einem Wandel aufgrund der KI. Skeptiker leiten aus der aktuellen Entwicklung durchaus ab, dass ein signifikanter Teil menschlicher Arbeitsleistung bald durch künstliche Intelligenz ersetzt werden kann und die Nachfrage nach Arbeit langfristig abnehmen wird.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen werte Frau Ministerin folgende Fragen stellen:

1. Welche Auswirkungen hat die künstliche Intelligenz Ihres Erachtens auf den ostbelgischen Arbeitsmarkt?
2. Inwiefern können wir den zu erwartenden Entwicklungen bei der Gestaltung der Beschäftigungspolitik in Ostbelgien Rechnung tragen?
3. Inwiefern wird in Ostbelgien zum Thema Künstliche Intelligenz sensibilisiert?

• **Frage Nr. 1299 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zum Gesetzentwurf „l'aidant qualifié“**

Ende vergangenen Monats hat die Föderalregierung einen Gesetzentwurf zur Einführung sogenannter „qualifizierter Helfer“ (aidant qualifié) verabschiedet.

Konkret soll es bestimmten Personen ermöglicht werden, im Rahmen ihres Berufs oder einer freiwilligen Tätigkeit außerhalb einer Pflegeeinrichtung bestimmte pflegerische Handlungen durchzuführen.

So beispielsweise in einer Schule, einer Kindertagesstätte oder aber in einem Ferienlager für Kinder und Jugendliche.

Der qualifizierte Helfer darf jedoch nur mit der Genehmigung eines behandelnden Arztes oder einer Krankenschwester arbeiten, die in einem Pflegeplan genau festlegen, was der Pflegehelfer tun darf und wie lange.

Konkret kann es sich bei einem qualifizierten Helfer also beispielsweise um einen Pfadfinderleiter handeln, der Kindern mit Diabetes dann beim Spritzen helfen darf oder aber sich um die Verabreichung von Medikamenten kümmert.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen werte Frau Ministerin folgende Fragen stellen:

1. Wie stehen Sie diesem Gesetzentwurf gegenüber?
2. Wie wird die medizinische Versorgung in ostbelgischen Jugendlagern derzeit geregelt?